

Beständige EVP – ein Rückblick auf die Legislaturperiode 2013 bis 2016

Urs Plüss wurde am 30. April 2013 als Grossrat vereidigt. In diesem Artikel blickt der Zofinger auf seine erste Legislatur zurück.



Erinnerung an den ersten Legislaturtag

Es dauerte einige Monate, bis ich der Bedeutung des Amtes und meiner Verantwortung als Grossrat bewusst wurde. Der Gottesdienst zu Beginn gab dem Amt die richtige Würde und machte deutlich, warum ich jeden Dienstag nach Aarau pilgere. Den EVP-Fraktionsmitgliedern spreche ich an dieser Stelle einen Dank, dass sie mich von Beginn weg gleichwertig aufgenommen und respektiert haben.

Stimmungsbild aus der Legislatur

Nach dem Leistungsprogramm folgt das Sparprogramm, Spar-

Legislatur also. Leistungen und Beiträge werden gekürzt oder ganz gestrichen. Bildung und Soziales geraten in die Schraubzwinge. Neue Investitionen kommen schon gar nicht in Frage. Der Kanton Aargau habe ein Ausgabenproblem, tönt es fast marktschreierisch. Nun, der Kanton Aargau hat eine der tiefsten Staatsquoten und die Steuerbelastung ist so tief wie fast noch nie in seiner Geschichte. So langsam kommt bei den Sparpolitikern aber die Einsicht, dass die Zitrone, die man auspressen will, gar nicht mehr existiert.

Erfolgreiche Momente für die EVP-Fraktion und für mich persönlich

Es ist nicht die Menge der politischen Vorstösse oder die Redezeit, sondern deren Wirkung. Da sind zwei Vorstösse besonders hervorzuheben. Zum einen ist dies die Motion zur Spitalseelsorge von Roland Bialek. Mitunter dank der EVP werden den Pfarrpersonen aus den Gemeinden die Namen der stationären Patienten nun wieder mitgeteilt. Zum andern weibelte Esther Gebhard im Dienste der Sonderschulen, Heime und Werkstätten und erreichte mit ihrem Antrag, dass der Mutationsgewinn, der jedes Jahr das Budget der Einrichtungen verringerte, gestrichen wird. Dies dient mitunter den Schwächsten unter uns, für die wir alle besonders verantwortlich sind. Ein persönliches Erfolgserlebnis durfte ich bei der Abstimmung

zur Volksinitiative «Weg mit dem Tanzverbot» erleben. Nach spannendem Wahlkampf, während dem ich etliche persönliche Angriffe und Beleidigungen erdulden musste, lehnte das Volk die Initiative ab und bestätigte den Respekt vor den hohen christlichen Feiertagen.

Eindrückliche Momente

Die EVP erfährt immer wieder viel Respekt von den anderen Parteien, und ihre Existenz im Rat wird nicht in Frage gestellt, zuweilen sogar begrüsst. Dank unserem pragmatischen Auftreten und dem steten Bemühen, sachliche Lösungen zu finden sind wir ein verlässlicher Partner für den Regierungsrat und die Verwaltung, was für die Presse allerdings weniger interessant ist.

Wünsche für die EVP und für den Kanton

Die EVP darf durchaus selbstbewusster werden. Vereinzelt nimmt man Existenzängste wahr, aber die EVP ist in keiner Krise und muss sich auch nicht dauernd neu erfinden. Unsere Werte und Inhalte basieren auf dem Evangelium. Sie sind gefestigt, und niemand verwendet einen Gedanken daran, ob das «E» im Parteinamen zeitgemäss ist. Dem Kanton wünsche ich mehr Ruhe, damit man sich wieder der Weiterentwicklung widmen kann. Und dazu braucht es auch die EVP. Sie politisiert mit Bedacht und Umsicht.

EDITORIAL

Zeichen setzen?

Roland Bialek,
Parlamentarischer Präsident der EVP Aargau

Immer wieder kommen Initiativen zur Abstimmung. Unter wohlklingenden Namen versprechen sie, aktuelle Probleme zu lösen. Oft aber sind die vorgeschlagenen Lösungen einfach, mitunter zu einfach und teilweise sogar falsch und schädlich. Soll man zustimmen, wenn das Anliegen berechtigt, aber die Lösung ungeeignet ist – ein Zeichen setzen? Das ist gefährlich. In der Demokratie ist die Macht beim Volk. Nur wenn die Lösung stimmt, darf man zustimmen. Alles andere ist unverantwortlich.

Parolen – Abstimmung vom 5. Juni 2016

JA zur Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

NEIN zur VI «Pro Service public»

NEIN zur VI «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

NEIN zur VI «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»

NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG)

JA zur VI «Kinder und Eltern» für familienergänzende Betreuungsstrukturen» (Hauptabstimmung)

JA zum Kinderbetreuungsgesetz (Gegenvorschlag des Parlaments)

NEIN zum Wegfall des Steueranteils bei den Grundbuchabgaben (EG ZGB)

INFOS

Einwohnerrats- präsidien

Die Zofinger EVP-Einwohner-rätin Miriam Ruf-Eppler wurde anfangs Dezember 2015 mit einem Glanzresultat (39:0) als neue Einwohnerratspräsi-dentin für die nächsten beiden Jahre gewählt. Damit stellt die EVP Zofingen nach genau 40 Jahren wieder den höch-sten Zofinger bzw. diesmal die höchste Zofingerin. In Buchs hat die EVP mit Martin Gysi in diesem Jahr ebenfalls ein Einwohnerratspräsidium inne, in Aarau mit Matthias Keller ein Vize-Präsidium.

Esther Manitta ist neue Präsidentin der EVP Zofingen

Die diesjährige GV stand im Zeichen der Stabübergabe des Präsidiums. Nach 13 Jahren als Präsident der EVP-Ortspartei Zofingen übergab Urs Plüss das Amt an Esther Manitta. Die EVP Zofingen ist überzeugt, dass die neue Präsidentin mit ihrer gewinnenden und fröhli-chen Art die Erfolgsgeschichte der EVP weiterschreiben wird. Die 44-jährige Esther Manitta ist verheiratet und hat zwei Kinder. Aktuell ist die aus-gebildete Bezirkslehrerin als Lehrerin für «Unterstützende Massnahmen im Einzelfall» tätig. In ihrer Freizeit liest sie gerne, unternimmt Spazier-gänge mit ihrem Hund, spielt gerne Klavier und liebt es, Städte und Museen zu besich-tigen. Von 2010–2012 führte sie das Parteisekretariat der kantonalen EVP.



SITZUNGSARMER JAHRESBEGINN

Urs Plüss, Grossrat

Trotz nur 4 Sitzungstagen war es eine intensive und anspruchsvolle Zeit. Mit der Gesetzesvorlage zur Kinderbetreuung, dem neuen Finanzausgleich sowie der Senkung der Grundbuchabgaben standen 3 schwergewichtige Geschäfte auf dem Programm.

Umstrittenes Krippengesetz 68:68. Ein Basketballresultat? Nein, es ist das Abstimmungsergebnis zum «Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung» (Details dazu in der letzten Ausgabe des EVPInfo). Es dürfte nahezu in die Stunden gehen, die Lilian Studer in den letzten Jahren am Rednerpult verbracht hat, um für dieses Gesetz zu votieren. Zur Abstimmung kommt es nun auch dank der mehrheitlichen Unterstützung der EVP. Auf Seite 3 finden Sie eine PRO/ KONTRA-Argumentation aus der EVP-Fraktion zur Neueregulierung der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Senkung Grundbuch- abgaben

Ein knappes Jahrzehnt war die Motion des damaligen Grossrats Hansjörg Knecht unterwegs, und es bedurfte 3 Lesungen bis zur endgültigen Abstimmung. Noch am Morgen vor der entscheidenden Abstimmung habe ich mich mit Kollege Daniel Hölzle (Grüne) über den Ausgang der Abstimmung unterhalten. Er werde wohl knapp ausfallen. Es kam aber alles ganz anders. Die CVP, die bis anhin grossmehrheitlich gegen die Senkung war, entschied sich um, stimmte gegen ihren eigenen Regierungsrat und verhalf somit der Motion zur Annahme (siehe sep. Artikel in diesem EVPInfo).

Neuer Finanzausgleich

Der bestehende Finanzausgleich zwischen den aargauischen Gemein-den ist alles andere als einfach zu verstehen und eine Re-vision ist überfällig. Wer einen grossen Wurf erwartete, wurde enttäuscht. Aber grosse Würfe

haben es in unserer vernetzten Gemeinschaft ohnehin schwer. Innerhalb der EVP-Fraktion wurde die Vorlage kontrovers diskutiert. Für mich als Vertreter der eher urbanen Gemein-den bringt sie einige positive Neuerungen, wogegen ländliche Vertreter befürchten, dass die Änderung zu hohen Steuersätzen in den Randregionen führen könnte. Regierungsrat Urs Hofmann konnte die meisten Bedenken zerstreuen, und unser Kollege Roland Frauchiger meinte in seinem Votum wohl treffend: «Wenn alle gleich unzufrieden sind, dann ist die Vorlage ziemlich sicher gut ausgewogen.» Die EVP-Fraktion hat dem Geschäft zugestimmt.

Vorstösse der EVP:

Postulat der EVP-Fraktion (Sprecher Uriel Seibert, Schlossrued) betreffend Zuweisung von Asyl-suchenden in Aargauer Gemein-den.

NEIN ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE MEDIZINISCH UNTERSTÜTZTE FORTPFLANZUNG (FORTPFLANZUNGSMEDIZINGESETZ, FMEDG)

Das neue FMedG geht viel zu weit und ist vor allem in seiner Anwendung nicht kontrollierbar. Gemäss dem über-parteilichen Komitee «Nein zu diesem FMedG», dem mehr als 50 Vertreterinnen und Vertreter von BDP, CVP, EDU, EVP, Grünen, SP und SVP angehören, muss die Gesetzesrevisi-on am 5. Juni zwingend an den Absender zurückgewiesen werden. SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor warnte vor den eklatanten Missbrauchsrisiken und Mathias Reynard, Nationalrat SP machte deutlich, wie schwammig und extrem weit das vorliegende Gesetz formuliert ist: «Nirgends ist definiert, welche Erbkrankheiten oder chromosomalen Eigenschaften «selektionswürdig» sind. Dies führt letztlich zu globalen Normalitätstests zu Lasten der menschlichen Vielfalt!» Gemäss Nationalrätin Christine

Häsler, Grüne, führt die Unterscheidung zwischen sogenannt lebenswerten und nicht lebenswerten Embryonen letztlich zu einer Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen. Auch Nationalrat Christian Lohr, CVP, setzte sich aus Überzeugung dagegen ein, dass bereits bei Embryonen eine Selektion stattfinden soll. Entschieden warnt er: «Wenn wir diesen Weg weitergehen, brandmarken wir Menschen mit einer Behinderung als «lebensunwert!» Das FMedG setze für eine humane Gesellschaft falsche Signale. EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller fordert in ihrem Votum eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Gesetz. Wenn neue Technologien wie die PID mit derart weitreichenden gesellschaftlichen, medizinischen und ethischen Konsequenzen eingeführt würden, brauche

es zwingend eine grundlegende Diskussion um die Leitplanken und Grenzen für deren Umsetzung.

Quelle: Medienmitteilung des über-parteilichen Komitees «Nein zu diesem FMedG!», gekürzt.



Im Aargau wurde unter der Leitung von Lilian Studer ein kantonales Komitee gegründet. Wer diesem beitreten möchte, kann sich beim Sekretariat der EVP AG melden oder die Seite www.fmedg-nein.ch/komitees/kantonale-komitees besuchen.

KANTONALE VORLAGEN (5. JUNI 16): NEUREGELUNG DER FAMILIENERGÄNZENDEN KINDERBETREUUNG (VOLKSINITIATIVE UND GEGENVORSCHLAG)

PRO

Lilian Studer, Grossrätin /
Fraktion Sozialdemokratische EVP

2012 lehnte der Grosse Rat eine Vorlage für eine familienergänzende Kinderbetreuung ab. Den einen ging das Gesetz zu wenig weit, anderen zu weit. Mehrere Vorstösse diverser Parteien folgten u.a. mit EVP-Beteiligung. In der Folge legte die Regierung eine moderatere Variante vor.

Zur Abstimmung kommt nun die Forderung der FDP: Die Gemeinden sollen nach Erhebung des Bedarfs eine familienergänzende Betreuung anbieten für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter. Die Ausgestaltung des Angebots ist frei. Die Wohngemeinde muss sich an den Betreuungskosten beteiligen. Ich begleite dieses Geschäft, seit es zur Diskussion steht. Die vorliegende Fassung war im Grossen Rat der einzige mehrheitsfähige Kompromiss, auch wenn ich mir z.B. minimale Qualitätsstandards gewünscht hätte. Ich habe mich für diesen Gegenvorschlag zur ALV-Initiative, die die Betreuung bis zum Ende der Schulpflicht vorsieht, engagiert. Er verbessert den Status quo und bietet den Familien, die auf ergänzende Kinderbetreuung angewiesen sind, immerhin eine Entlastung. Wichtige Gründe für die Annahme des vorliegenden Gesetzes sind folgende:

1. Es gibt Familien, die aufgrund ihres tiefen Einkommens und langer Arbeitstage auf Kinderbetreuung angewiesen sind.
2. Wie im neuen Gesetz umschrie-

ben, dienen Kinderkrippen und Kinderhorte auch der Integration von Kindern aus anderen Kulturen.

3. Erfahrungen zeigen, dass die familienergänzende Kinderbetreuung ein Faktor für eine steigende Geburtenrate ist.
4. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, die ich klar abgelehnt habe, erfordert mehr inländische Arbeitskräfte, die ich im Potenzial der Frauenerwerbstätigkeit sehe. Dazu müssen aber Kinderbetreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.
5. In diversen Gemeinden des Aargaus werden bis jetzt trotz ausgewiesenem Bedarf keine Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Aus diesen und anderen Gründen stehe ich klar ein für den Gegenvorschlag, aber auch für die ALV-Initiative.

KONTRA

Roland Frauchiger, Grossrat

Familienergänzende Kinderbetreuungsangebote können heute durchaus sinnvoll sein. Aber deshalb muss nicht jede Gemeinde dazu verpflichtet werden und schon gar nicht in der Art der Initiative für familienergänzende Betreuungsstrukturen «Kinder und Eltern». Auch der Gegenvorschlag des Grossen Rates geht zu weit.

Die allgemeine Erwartungshaltung, dass der Staat und die Gemeinden sich diversen familiären Herausforderungen allumfassend annehmen, kann ich nicht befürworten. Staatliche Lösungen sind meist zu per-

fekt und zu teuer. Zur angeblichen Sicherstellung der Qualität werden leider oft unnötige Auflagen an Räumlichkeiten, Organisation und Ausbildung gestellt. Grundsätzlich sind eigene Initiativen von Firmen und Privaten zu begrüssen und zu fördern. Und solche gibt es auch schon viele. Auch zahlreiche Gemeinden, vor allem grössere, haben bereits Lösungen zur Kinderbetreuung. Für sie ist das eine Selbstverständlichkeit. Aber 70% der Gemeinden lehnen eine vorgeschriebene Kinderbetreuung ab. Für kleinere Gemeinden ist eine Kinderbetreuung in der geforderten Art weder vernünftig noch tragbar. Immerhin schreiben die Initianten, dass die Benützung der Betreuungsangebote freiwillig ist. Finde ich toll; aber dass dies überhaupt zu erwähnen ist, finde ich bedenklich. Es scheint die innere Haltung der Initianten darzustellen: eine Rundumbetreuung der gesamten Jugend durch das Gemeinwesen. Die Familien haben anscheinend eine untergeordnete Bedeutung. Weiter fordern die Initianten, dass die Nutzer der Betreuungsangebote eine finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand erhalten. Damit wird die Erziehungstätigkeit in der Familie einmal mehr nicht wertgeschätzt. Die Erziehung durch die Eltern ist in jeder Beziehung wertvoll und sollte auch so anerkannt werden.

Eine faire Lösung wären höhere Kinderzulagen und Betreuungsangebote aus Eigeninitiative. Daher und im Sinne von «weniger Staat – mehr Verantwortung» sind beide Vorlagen klar abzulehnen.

INFOS

Dringender Spendenaufruf!

Judith Fuchs, Kassierin

Nach mehreren guten Jahren, in denen die EVP-Kasse mit Überschüssen abschliessen konnte, ist nun das Gegenteil eingetreten: In der Kasse klafft ein Loch. Ein sehr grosses sogar. Ursache sind die Nationalratswahlen 2015. Die EVP Aargau musste die Schlussrechnung der Wahlen mit einem unerwartet hohen Verlust abschliessen. Nicht etwa weil das Wahl-Team das Budget massiv überschritten hätte, sondern weil der Spendeneingang im Herbst 2015 trotz Spendenbriefen sehr gering ausgefallen ist. So fehlen uns seit Ende Jahr rund CHF 10000 in der Kasse. Das führte sogar dazu, dass einige Bezirke der Kantonalkasse freundlicherweise mit einem Darlehen über den Jahreswechsel geholfen hatten, um die Liquidität der Kantonalpartei sicherzustellen und alle ausstehenden Rechnungen zu bezahlen. Wir haben im Budget für das Jahr 2016 bereits Sparmassnahmen eingeleitet und Ausgaben, die nicht dringend sind, reduziert. Nichtsdestotrotz muss auch auf der Einnahmenseite etwas geschehen. Kommt dazu, dass dieses Jahr nochmals Wahlen anstehen, diesmal für den Grossen Rat im Aargau. Daher wenden wir uns hier an Sie, geschätzte Leserinnen und Leser. Helfen Sie uns, das Loch in der Kasse zu stopfen. Benutzen Sie den Einzahlungsschein, der dem EVP-Info beiliegt und runden Sie den Abo-Beitrag von CHF 15.– um 10 Franken oder mehr auf. Das EVP-Info geht an über 7000 Adressaten. Wenn ein Siebtel davon je 10 Franken zusätzlich einbezahlt, ist das Ziel bereits erreicht, ebenso wenn 100 Personen je 100 Franken einzahlen. Sie erhalten auf jeden Fall eine Spendenbestätigung.



WEGFALL DES STEUERANTEILS BEI DEN GRUNDBUCHABGABEN

Seit über 100 Jahren wird im Kanton Aargau bei grundbuchlichen Vorgängen (Bsp. Kauf eines Hauses) eine Gebühr sowie eine Steuer erhoben. Aktuell liegt die Steuer bei 4 Promille. Kauft also jemand ein Haus für eine Million, dann erhebt der Kanton darauf eine Steuer von 4000 Franken. Der grosse Rat hat nun an seiner

Sitzung vom 1. März beschlossen, dass die Steuer per 1. Januar 2018 auf 2 Promille halbiert wird und per 1. Januar 2020 ganz wegfällt. Dem Kanton entgehen damit pro Jahr 33 Millionen an Einnahmen. Gegen diesen Beschluss wurde das Behördenreferendum ergriffen, weshalb es nun zur Volksabstimmung kommt. Die EVP-Fraktion

hat sich in allen 3 Abstimmungen gegen die Aufhebung geäußert. Es ist schlicht unbegreiflich und verantwortungslos, dass in Zeiten, wo der Kanton an allen Ecken und Enden sparen muss und ein Sparprogramm das nächste jagt, die Situation mit der Senkung der Grundbuchabgaben zusätzlich verschärft werden soll.

INFOS

Die EVP Aargau sucht...

... mehrere Personen, die den Bezirken Ende August beim Aufstellen/Aufhängen der Wahlplakate helfen. Besonders in den Bezirken Muri, Laufenburg, Rheinfelden, Zurzach und Kulm sind wir froh um Unterstützung, jedoch auch in den anderen Bezirken.

... Frauen, die sich für frauenpolitische Anliegen einsetzen möchten.

Interessierte können sich gerne beim Sekretariat melden (sekretariat@evp-ag.ch oder 077 450 15 99).

AUSFLUG GÖNNERVEREINIGUNG 2015

Peter Rytz, Präsident
Gönnervereinigung

Die Gönnervereinigung der EVP Aargau wurde in den 90er-Jahren ins Leben gerufen. Seither finanziert sie bei allen nationalen und kantonalen Wahlen die anfallenden Wahlkosten in den Bezirken ohne EVP-Bezirkspartei. Für die Kantonalpartei ist sie damit eine bedeutende Geldquelle. Im Zweckartikel der Vereinigung wird betont, dass nebst der politischen Meinungsbildung die Gemeinschaftspflege wichtig ist. Das haben sich die Verantwortlichen für den alljährlichen

Vereinigungsanlass zu Herzen genommen und als Ziel die Ausstellung «GELD. Jenseits von Gut und Böse» im Stapferhaus Lenzburg ausgewählt. Bei idealem Ausstellungswetter - strömender Regen hat die Teilnehmenden durch den Tag begleitet - wurden die EVP-Supporter kompetent und witzig durch die hochinteressante Ausstellung geführt. Wir haben gestaunt, was alles mit Geld in Verbindung steht, wie Geld hergestellt und verarbeitet, gelagert, verwaltet und auch missbraucht wird. Einmalig für uns EVPLer war, im Geld «schwimmen» zu können. Wir durften uns einige

Minuten lang in einem mit vier Millionen Fünfrappenstücken gefüllten Raum aufhalten und darin nach Lust und Laune herumstochern, die Geldstücke durch unsere Hände gleiten lassen oder einfach nur stauen. Den Abschluss fand der Jahresanlass im nahe gelegenen Kafi Träff der Stiftung für Behinderte. Dort warteten eine feine Kürbissuppe und Roland Frauchiger mit seinen Informationen aus dem Grossen Rat auf uns. Wer gerne auch zu den Gönnern der EVP gehören möchte und so zu den Jahresanlässen eingeladen wird, kann sich beim Sekretariat der EVP Aargau melden. ☺

AGENDA

26. Mai 2016

EVP-Kurs «Neu in der EVP – Einführung in Politik, Organisation und Werte»

30. Mai bis 17. Juni 2016

Sommersession des eidg. Parlaments

05. Juni 2016

Eidgenössische und kantonale Volksabstimmung

16. August 2016

Parteiversammlung EVP Aargau

28. August 2016

6. Schweizerische Frauensynode in Aarau (www.frauensynode.ch)

Joel Blunier, abgetretener Generalsekretär der EVP Schweiz

«Irgendwann schliesst sich der Kreis. Nach 14 Jahren als Generalsekretär der EVP Schweiz geht für mich eine äusserst spannende, interessante, aber auch sehr intensive Zeit zu Ende. Ich verlasse das Generalsekretariat mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Lachend deshalb, weil diese 14 Jahre für mich keine Ausübung eines Berufs waren, sondern Erfüllung einer Berufung. Auch haben mich die unzähligen Begegnungen zu politisch engagierten Christen nachhaltig geprägt. Weinenden Auges gehe ich, weil man etwas Liebgewonnenes ungern verlässt. Ich übernehme nun die Geschäftsführung der PROSPERITA Stiftung für die berufliche Vorsorge,

notabene jener Pensionskasse, der auch die EVP angeschlossen ist. Das wird jedoch nicht der einzige Bezug zur EVP bleiben. Sie ist und bleibt die «Partei meiner Wahl». An der Urne und im Ehrenamt geht mein Engagement weiter. Wenn auch mein Auftrag im Generalsekretariat jetzt endet, so bleibt der Auftrag für die EVP bestehen: Ich wünsche der EVP, dass sie weiterhin konsequent für einen umfassenden Lebensschutz, für Menschenwürde, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit, Religionsfreiheit und eine soziale Marktwirtschaft einsteht und damit ihren Platz als christliche Wertepartei behaupten und ausbauen kann. Dann steht 2019 einer eigenen Fraktion im Bundeshaus eigentlich nichts im Wege... Nun sage ich Ihnen und der EVP

Adieu – oder auf Deutsch: Gott befohlen!»

Die EVP Aargau dankt Joel Blunier für sein grosses Engagement in den vergangenen Jahren und freut sich darauf, den Aargauer weiterhin an Parteianlässen zu treffen. Per 1. Mai 2016 tritt Dominik Währy die Nachfolge von Joel Blunier im Generalsekretariat an. Wir heissen ihn an dieser Stelle herzlich willkommen und wünschen ihm einen guten Einstieg in seine neue, spannende Tätigkeit. ☺



Dominik Währy (l.) und Joel Blunier. Foto: Dirk Meisel

IMPRESSUM

Redaktion
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau
Herausgeber
Evangelische Volkspartei Aargau
Abonnement
mindestens 15 Franken pro Jahr
Erscheinungsweise
viermal jährlich
Internet
www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat
sekretariat@evp-ag.ch
Inserate, Adressverwaltung
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau
Telefon 077 450 15 99
Realisation und Druck
www.jordibelp.ch
Auflage
7450 Exemplare

ANTWORTALON

Unterstützen Sie eine Politik auf christlicher Basis. Werden Sie jetzt Mitglied der Evangelischen Volkspartei. **Ihr Beitrag ist unser Fundament!** Ihre Stimme macht für uns einen Unterschied, weil wir damit besser getragen sind und mehr politisches Gewicht bekommen.

Lesen Sie die Grundwerte der EVP auf unserer Homepage. ☺

Ich möchte EVP-Mitglied werden

Die Mitgliederbeiträge und Grundsätze sowie die Statuten habe ich gelesen und bin damit einverstanden.

Falls Sie eine unserer Beitragsprämien wünschen, bitten wir Sie, Ihre Anmeldung auf www.evp-ag.ch vorzunehmen. Danke!

Ich bin daran interessiert, eine EVP Ortspartei zu gründen.

Ich möchte Informationen zur Gönnervereinigung der EVP Aargau erhalten.

Ich möchte der Gönnervereinigung der EVP Aargau beitreten.

Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Datum

Coupon einsenden an:

EVP Aargau, Parteisekretariat, 5000 Aarau